

Hefte aus Burgscheidungen

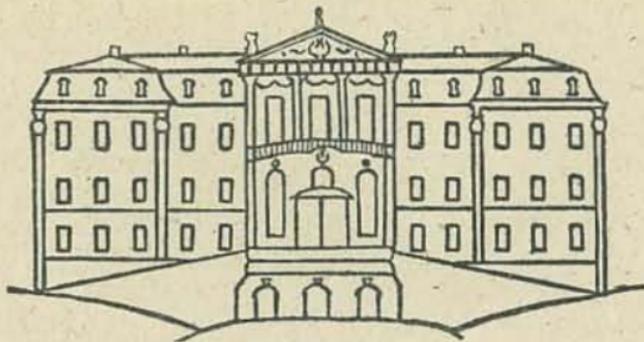
18. April 1985

774

Wolfgang Heyl

**Für Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa**

Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz
von Helsinki



227

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

**Für Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa**

Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz
von Helsinki

1984

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Verfolgt man die Geschichte unserer Partei, so findet man, daß der Wille zum Wirken für den Frieden bei allen politischen Entscheidungen ausschlaggebend war. Wir verstehen uns deshalb als eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Dieser Wille war es beispielsweise, der uns veranlaßte, unseren Weg nicht allein und separiert zu gehen, sondern in der Gemeinschaft aller Friedenskräfte im Lande und über seine Grenzen hinaus – von Anfang an und ungeachtet weltanschaulicher und glaubensmäßiger Unterschiede. So haben wir den Demokratischen Block und die Nationale Front mitbegründet und mitgestaltet, so haben wir in der Weltfriedensbewegung – Otto Nuschke gehörte zu ihren Gründern – seit nunmehr fast vierzig Jahren unseren geachteten Platz. Überall dort stehen wir ein für unsere unverwechselbaren Motive des Engagements von Christen für den Frieden auf Erden.

„Für den Frieden zu wirken und ihm zu dienen ist das oberste politische Anliegen der christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik. Das gebieten uns christliche Ethik und christliche Verantwortung.“ So heißt es in der Erklärung unseres 15. Parteitages. Damit ist eine Position umrissen, die den Weg unserer CDU stets bestimmt hat. Denn vor allem der Wille, angesichts der materiellen und geistigen Trümmer des zweiten Weltkrieges „nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“ (Gründungsaufruf), hatte die Väter unserer CDU veranlaßt, sich zu einer Partei von Christen zusammenzuschließen.

Durch unsere Tat haben wir ungezählten Mitchristen in nah und fern ein Beispiel in dieser Hinsicht geben können. Zugleich dürfen wir uns damit in der guten Tradition jener christlichen Gruppierungen und Persönlichkeiten wissen, die in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten für das Ideal einer friedlichen Welt eingetreten sind. Der 40. Jahrestag der Befreiung und des Sieges über den Hitlerfaschismus läßt uns in besonderer Weise daran denken, daß es vor allem ihr Friedenswille war, der Christen zum Widerstand gegen die faschistische Barbarei veranlaßte und sie zu Blutzügen dafür werden ließ.

Im Laufe der Jahre lehrten uns Geschichte und Gegenwart jedoch immer eindringlicher, daß wir unser Friedensstreben in einer Welt zu realisieren hatten und haben, die nach dem Sieg der Antihitlerkoalition eben nicht eine Welt geworden war, wie es damals mancher angesichts der UNO-Gründung glaubte. Vielmehr war und blieb diese Welt weiterhin in divergierende Klassenkräfte gespalten. Schon der „kalte Krieg“ gegen den Sozialismus, wie er bald nach dem historischen

8. Mai 1945 entfesselt wurde, zeigte deutlich, daß Friedenskampf eben nicht darin bestehen kann, die internationalen Klassengegensätze zu ignorieren oder sie irgendwie überbrücken zu wollen. Vielmehr gilt es, dafür einzutreten, daß diese Gegensätze mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden, durch Verhandlungen und Verträge, im Dialog und in der Zusammenarbeit, aber nicht in kaltem oder gar in einem heißen Krieg.

Deshalb sind wir zu Befürwortern des Prinzips und der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung geworden. Denn dieses Prinzip und diese Politik gewährleisten uns heute alternativlos beides: Den Verzicht auf Krieg als ein angesichts der Massenvernichtungswaffen ohnehin untauglich gewordenes Mittel der Politik, und zugleich den Verzicht auf Kapitulation vor den Mächten und Kräften der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, was gleichbedeutend wäre mit dem Verzicht auf Solidarität mit allen, die um ihres Lebens und Überlebens willen dagegen kämpfen.

Im Grunde ist es also dieses Prinzip, das uns christliche Demokraten überhaupt in die Lage versetzt, unserer Verantwortung für den Frieden und unserem Willen zu weltweiter Nächstenliebe gleichermaßen nachzukommen. Daher unterstützen wir das Prinzip der friedlichen Koexistenz und sind überall dabei, wo es praktiziert und durchgesetzt werden soll, denn „Koexistenz, das ist heute der Friede, der Weg zum Aufbau einer friedliebenden Welt“ (Otto Nuschke auf dem 7. Parteitag der CDU 1954). Zu jener Zeit, auf dem Höhepunkt des „kalten Krieges“, bewies eine solche Aussage wahrlich sowohl Voraussicht als auch Zukunftsgewißheit.

Diese unsere Überzeugung ist somit auch die Grundlage unserer Haltung zu jener Manifestation der friedlichen Koexistenz, wie sie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war und von der in diesen Zeilen die Rede sein soll.

Bedeutsam für Europa und die Welt

Die führenden Repräsentanten von sieben sozialistischen, 13 bündnisfreien sowie 13 NATO-Ländern Europas, dazu der USA und Kanadas, setzten am 1. August 1975 ihre Unterschrift unter ein Dokument, das das Ergebnis von zweieinhalb Jahren Verhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) enthielt und das als „Schlußakte von Helsinki“ in die Geschichte eingegangen ist.

Damit wurde fundamentalen Initiativen zur Sicherung des

Friedens und zur Neugestaltung der Verhältnisse in Europa entsprochen.

Auf die wichtigste hat der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, **Erich Honecker**, seinerzeit in seiner Rede auf dem Gipfeltreffen von Helsinki hingewiesen: „Es ist von tiefer Symbolik, daß die erste Konferenz der europäischen Staaten sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas im 30. Jahr der Befreiung der Völker Europas vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und die anderen Staaten der Antihitlerkoalition stattfindet. Mit ihrem Ergebnis trägt die Konferenz dazu bei, das Vermächtnis jener Millionen Söhne und Töchter so vieler Völker zu erfüllen, die heldenmütig gegen die Barbarei des Faschismus gekämpft haben. Sie legten den Grundstein für ein sicheres und friedliches Europa.“

Zum anderen entsprach die Schlußakte der ebenfalls dreißig Jahre vorher entstandenen Charta der Vereinten Nationen. Die UNO war ja dem Entschluß von 50 Nationen entsprungen, „kommende Geschlechter vor der Geißel des Krieges, der zu unseren Lebzeiten zweimal unsägliches Leid über die Menschheit gebracht hat, zu bewahren“, wie es in der Charta heißt. Ein neues Zeitalter friedlichen Zusammenlebens der Völker sollte beginnen.

Schließlich trat in der Schlußakte von Helsinki – wiederum nach dreißig Jahren – der Geist des Potsdamer Abkommens erneut hervor, also der später vom „kalten Krieg“ verschüttete gemeinsame Wille der Alliierten zu Maßnahmen, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Die Maximen einer gedeihlichen Entwicklung in Europa kommen zum Ausdruck in jenen zehn Prinzipien, die der Schlußakte Zusammenhalt und Fundament geben:

- Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität inwohnenden Rechte;
- Enthaltung von der Androhung und Anwendung von Gewalt;
- Unverletzlichkeit der Grenzen;
- Territoriale Integrität der Staaten;
- Friedliche Regelung von Streitfällen;
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten;
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit;
- Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker;
- Zusammenarbeit zwischen den Staaten;
- Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Mit diesen Prinzipien gewannen die Konferenz und ihre Resultate zugleich über unseren Kontinent hinaus weltweite Bedeutung. Immer erneut hat sich in den darauffolgenden Jahren erwiesen: Mit der Unterzeichnung der Schlußakte wurde die Welt um eine Hoffnung reicher.

Das hat gute Gründe.

Neben der UNO-Charta ist die Schlußakte die bisher umfassendste Vereinbarung, um internationale Sicherheit und vernünftige zwischenstaatliche Beziehungen, um friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Struktur zu gewährleisten, ohne daß der eine den anderen übervorteilt. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß Verhältnisse solcher Art den Interessen aller Völker auf der ganzen Welt entsprechen.

Für die Welt ist es nun einmal keineswegs gleichgültig, ob in einer Region wie der unseres Kontinents Koexistenz oder Konfrontation in den internationalen Beziehungen überwiegen. Denn Europa hat nicht nur ein beträchtliches wirtschaftliches Gewicht; hier entstehen fast drei Viertel der industriellen Weltproduktion. Es hat ein ebenso beträchtliches militärisches Gewicht. In den Teilnehmerstaaten der KSZE sind fast 90 Prozent des militärischen Potentials der Welt konzentriert; und die beiden mächtigsten Militärböcke der Erde stehen sich hier unmittelbar gegenüber.

Obwohl es bei der KSZE um Europa ging, war sie frei von der Versuchung, Vorteile für die europäischen Staaten auf Kosten der übrigen Welt zu erreichen. Im Gegenteil anerkennt die Schlußakte ausdrücklich die Notwendigkeit, sich aktueller Probleme der Weltwirtschaft wie Ernährung, Rohstoffaufkommen, Fragen der Energieversorgung, des Umweltschutzes oder der internationalen Finanzbeziehungen anzunehmen.

Schließlich und vor allem jedoch hat die KSZE bewiesen, daß Unterschiede in der Gesellschaftsordnung von Staaten gute Beziehungen zwischen ihnen nicht zu hindern brauchen, ja daß sogar vielfältige Zusammenarbeit möglich ist.

Für die ganze Welt ist dies alles von fundamentaler Bedeutung, denn einerseits war unser Kontinent von jeher der Wetterwinkel der Weltpolitik. Historiker haben ausgerechnet, daß es in den letzten fünfeinhalb Jahrtausenden 14 513 kriegerische Konflikte gegeben hat. Die Hälfte davon fand in Europa statt. Von hier gingen auch die beiden schrecklichsten Kriege aus, die die Welt bisher erlebt hat, und der Kolonialismus als eine der schlimmsten Formen der Ausbeutung anderer Völker hatte hier seinen Ursprung.

Andererseits gehört unser Kontinent von jeher zu den Schatzkammern der Weltkultur, der ein Erbe von Jahrtau-

senden zu bewahren hat. Wahrlich, vieles Unverzichtbare hat das kulturelle Leben Europas der Kultur der Menschheit hinzugefügt. Hier wurden ungezählte Ideen und Taten für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft zuerst gedacht, zuerst vollbracht — von Spartakus bis Müntzer, von Marx bis Lenin. In Europa hat das Christentum seine Wurzeln, hier schuf das mittelalterliche Mönchtum bedeutende kulturelle Werte, hier wirkten die Reformatoren. Die italienische Renaissance, die französische Revolution, die englische Industrie, das Werk der deutschen Dichter und Denker — dies alles und vieles mehr hat die Welt bereichert, hat sie schöner und besser gemacht. Daß das europäische Haus bewohnbar bleibt, so sagte es der Vorsitzende unserer CDU, Gerald Götting, auf unserem 15. Parteitag, „das ist die oberste Aufgabe jeglicher Politik in Europa, das ist unsere Pflicht gegenüber der Mitwelt und gegenüber denen, die nach uns kommen werden — unsere Pflicht auch gegenüber den Völkern der anderen Kontinente. Denn in vieler Hinsicht hängt vom Frieden in Europa der Friede in der Welt ab.“

Zwei Tendenzen — zwei Faktoren

Frieden und Sicherheit in Europa — man sollte meinen, daß es keine dreißig Jahre seit 1945 hätte dauern dürfen, um zu einer Vereinbarung darüber zu kommen. Doch von Anfang an, in ersten Andeutungen schon während der Beratungen der Potsdamer Konferenz 1945, ist stets von zwei grundverschiedenen Tendenzen an die Frage herangegangen worden, wie europäische Sicherheit zu erreichen sei.

Die eine Linie ist die der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Entstanden ist sie bekanntlich als ein Prinzip sowjetischer Außenpolitik. Damit war die Antwort auf die Frage gegeben, wie der Sozialismus sich das Nebeneinander von Staaten unterschiedlicher sozialer Struktur und die Lösung unvermeidlicher Meinungsverschiedenheiten und Konflikte im internationalen Leben vorstellt, nämlich eben nicht mit Waffengewalt, sondern am Verhandlungstisch. Allerdings, solange die Sowjetunion als sozialistisches Land noch allein in der Welt war, gelang es ihr trotz unentwegter Anstrengungen nicht, dieses Prinzip gegen die Politik imperialistischer Aggression durchzusetzen. Damals wurde die sowjetische Forderung nach friedlicher Koexistenz von imperialistischer Seite oftmals einerseits als Zeichen der Schwäche verhöhnt, quasi als ein Gnadengesuch des Sowjetstaates, ihn am Leben zu lassen. Andererseits wurde

jenes Prinzip als Verschleierung des der Sowjetunion unterstellten Expansionsdranges verächtigt. Wenn sich nur die Gelegenheit biete, so argumentierten ihre Gegner, werde der Schleier fallen und die friedliche Koexistenz vergessen sein.

Heute ist längst klar, daß beides Unterstellungen waren. Die sozialistische Außenpolitik hat ja an diesem Prinzip auch dann unverrückbar festgehalten, als es schon eine immer stärker auf das internationale Kräfteverhältnis einwirkende sozialistische Staatengemeinschaft gab, und sie hält heute mehr denn je daran fest.

So erweist sich: Auf diese Politik ist Verlaß, sie ist berechenbar, sie ist nicht darauf aus, die Gunst der Stunde zu nutzen, um andere Völker zu übervorteilen. Die sozialistischen Staaten sind es wahrlich nicht, die anderen eine Ordnung aufzwingen wollen, für die diese sich nicht selber entschieden haben. Für mehr oder weniger gelungene Versuche solcher Art auf imperialistischer Seite hingegen gibt es leider Beweise genug.

Inzwischen ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz weit über den sozialistischen Raum hinaus zur Forderung und zur Realität geworden — zur Forderung vernünftig denkender und sachbezogen handelnder Kräfte in nichtsozialistischen Ländern, zur Realität in so manchem bedeutungsvollen Bereich der internationalen Zusammenarbeit.

Dieser Umschwung hat seinen Grund vor allem darin, daß weithin erkannt wurde: Zu dem Prinzip und der Politik der friedlichen Koexistenz gibt es keine vernünftige Alternative — und das deshalb, weil diese Alternative der Atomkrieg sein könnte, weil keine andere Politik so umfassend mit den Interessen der Völker, mit ihrem Recht auf Selbstbestimmung, auf friedliche Entfaltung ihrer Kräfte übereinstimmt und damit dem Wohl des einzelnen Bürgers dient. Denn diese Politik ist keineswegs, wie zuweilen behauptet wird, eine „Einbahnstraße“ in Richtung und zum alleinigen Vorteil des Ostens. Gewiß, den sozialistischen Staaten verschafft sie günstige äußere Bedingungen, um ihre gesellschaftliche Ordnung erfolgreich bauen und weiterentwickeln zu können. Doch nutzen friedliche Beziehungen selbstverständlich auch den Völkern und somit den Menschen in nichtsozialistischen Ländern.

Es ist ja vielfach nachgewiesen worden, daß in den westlichen Ländern ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik nach außen und sozialer Krise im Innern besteht. Wirtschaftsmilitarisierung, wie sie die aggressivsten Kreise des Imperialismus betreiben, wirkt desorganisierend und destabilisierend. Die verschärften Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Hauptländern,

von der Staatsverschuldung über die Defizitwirtschaft in öffentlichen Haushalten bis zu Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, sind direkte oder indirekte Folgen auch der Belastung mit Rüstungsausgaben.

Zwar kann man in einem „Weißbuch zu Verteidigungsfragen“ der britischen Regierung von 1980 noch lesen: „Die Fähigkeit, Waffen zu konstruieren und zu produzieren, ist ein großes nationales Gut. Das sichert die Arbeitsplätze im Lande.“ Wenn das so wäre, dann müßten die Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben auch die sein, in denen Vollbeschäftigung herrscht. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Eine Untersuchung, die 1982 in der BRD veröffentlicht wurde, besagt, daß in den USA, in Japan, der BRD, Frankreich und Großbritannien, also den fünf größten Industrieländern des Kapitalismus, „eine völlige Übereinstimmung von hohen Militärausgaben und hohen Arbeitslosenquoten besteht. Die Länder mit den höchsten Militärausgaben, USA und Großbritannien, rangieren auch an der Spitze der Arbeitslosigkeit“, während in anderen Ländern mit niedrigeren Rüstungsaufwendungen, wie Österreich oder der Schweiz, die Arbeitslosenraten ebenfalls niedriger liegen.

Wirtschaftswissenschaftler führen das vor allem darauf zurück, daß es kaum einen anderen Wirtschaftsbereich gibt, in dem pro Einheit investierter Mittel so wenig Arbeitsplätze entstehen wie in der Rüstung. Das erklärt sich aus dem hohen Grad der Automation und der Rationalisierung in diesem Bereich. So wurden in der hochautomatisierten Rüstungsindustrie der USA für je eine Milliarde Dollar Kapitalaufwand 35 000 Arbeitsplätze geschaffen. Würde diese Milliarde für den Bau von Umweltschutz-Anlagen verwandt, wären es 75 700, beim Krankenhausbau 77 000, im öffentlichen Dienst 87 500, bei der Schaffung von Stellen für Lehrer 100 000. Das war schon 1975 in der New Yorker Zeitschrift „Economic Notes“ zu lesen. Analoge Untersuchungen eines Westberliner Instituts für die BRD ergaben 1977: Dort könnten bei einem Kapitaleinsatz von je 10 Milliarden DM in Landwirtschaft und Ernährung 8,5 Prozent, in Wissenschaft und Bildung 12,2 Prozent, in Verkehr und Bauwesen 19,4 Prozent und in sozialen Bereichen gar 49,4 Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als beim Einsatz dieser Summe in der Rüstungsindustrie.

Daraus ergibt sich, daß der Einsatz von Mitteln des Staatshaushaltes für Rüstung in jedem Fall weniger Arbeitsplätze schafft als die Verwendung der gleichen Summe im zivilen Sektor. Hochrüstung bedeutet also die Verminderung möglicher Zunahme von Arbeitsplätzen, hemmt somit das Wirt-

schaftswachstum, bewirkt Sozialabbau und verschärft die Krisenprozesse.

Hingegen läßt sich nachweisen, daß Entspannungspolitik und friedliche Koexistenz sich auf die Sicherung von Arbeitsplätzen günstig auswirken. So erklärte der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken, Heinz Dürr, daß das Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen UdSSR und BRD dort 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze gesichert hat. Nach einer Berechnung des Weltwirtschaftsinstituts Kiel hängen in der BRD 220 000 Arbeitsplätze vom Ost-West-Handel ab. In ganz Westeuropa sind es zwei Millionen, und zwar, wie das „Europa-Archiv“ im November 1984 feststellte, „in eben den westeuropäischen Industriezweigen, die am meisten von der gegenwärtigen Rezession in Mitleidenschaft gezogen wurden“. Das ist ein weiterer Grund, weshalb sich die Werktätigen westeuropäischer Länder gegen die Embargopolitik der USA wenden.

Wahrlich, der KSZE-Prozeß ist keineswegs eine „Einbahnstraße“, die nur den sozialistischen Ländern nützt und die den kapitalistischen Staaten und ihrer Bevölkerung keinen Vorteil bringt oder ihnen gar schadet. Aber wahr ist, daß die sozialistischen Staaten niemals und nirgends eine andere außenpolitische Generallinie gegenüber Staaten mit anderer gesellschaftlicher Struktur hatten und haben als die Politik der friedlichen Koexistenz.

Anders hingegen im Lager des Imperialismus. Auch dort gibt es Anhänger der friedlichen Koexistenz – aus Gründen, die eben erläutert wurden –; aber eine starke und oft stärkere Gruppe der herrschenden Kreise verfolgt eine grundlegend andere Art des Herangehens an die Frage der europäischen Sicherheit. Sie ist – einmal mehr, einmal weniger deutlich – davon bestimmt, die sozialistischen Staaten entweder durch politischen, ökonomischen und militärischen Druck, bis hin zur atomaren Hochrüstung und einer „Politik am Rande des Krieges“, zurückzudrängen oder sie durch „psychologischen Krieg“ zumindest „aufzuweichen“ und auseinanderzuidividieren. Die Kräfte, die diese Tendenz vertreten, gehen von der Absicht aus, das gleichberechtigte Zusammenleben und Zusammenarbeiten gesellschaftlich unterschiedlich strukturierter Staaten zu erschweren oder gar zu verhindern. Sie streben danach, die Überlegenheit vor allem auf militärischem Gebiet wiederzuerlangen, und möchten ihre Art von Sicherheit in Europa durch Vorherrschaft als Ergebnis des „Zurückrollens“ oder der Schwächung des Sozialismus erreichen.

Natürlich waren die Vertreter dieser Richtung darüber enttäuscht, daß es nicht gelang, nach 1975 den Entspannungspro-

zeß zur Unterwanderung der sozialistischen Ordnung zu nutzen. Eine Erosion der sozialistischen Staaten ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Gewandelt hat sich manches in anderen Regionen Europas. In Griechenland wurde die Diktatur beseitigt, in Spanien das Franco-System und in Portugal der Faschismus. Das seien, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer, „innere Entwicklungen, die von der Entspannungspolitik außenpolitisch begünstigt wurden“.

Nicht alle äußern ihre Enttäuschung allerdings so unverblümt wie der Berater des USA-Präsidenten Richard Pipes, der erklärte, die Entspannung habe „keinen Wandel in den totalitären Systemen bewirkt“, und die eben darauf gerichtete Entspannungskonzeption sei damit gescheitert. Der Westen müsse nun die Sowjetunion durch eine Politik der Stärke „zu Reformen zwingen“. Das letztere läuft auf eine weitere Fehlkalkulation der aggressivsten Kreise des Imperialismus hinaus: Die Entspannung erwies sich als Hindernis für die unbegrenzte Eskalation der Rüstung.

Auch heute noch – und heute wieder verstärkt – beweist uns jeder Tag, daß diese zweite Tendenz – Konfrontation statt Koexistenz, Sicherheit auf Kosten des anderen – keineswegs aus dem Arsenal imperialistischer Politik verschwunden ist, im Gegenteil. Das Charakteristikum der Situation nach der KSZE war denn auch nicht, daß Entspannung die Konfrontation beseitigt hat, sondern daß die Entspannung als Ergebnis zielstrebigter Politik der friedlichen Koexistenz in einem langen und nicht reibungslosen Prozeß immer mehr von der Absicht zur Realität wurde und gegenüber der Konfrontationspolitik in den Vordergrund trat, daß sie sich als das andere – und sichtlich dienlichere – Konzept für wirkliche europäische Sicherheit erwiesen hat.

Wie vor 1945 objektive historische Gegebenheiten die Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz verhinderten, so waren es inzwischen entstandene objektive historische Gegebenheiten, die seine Realisierung ermöglichten.

Vor allem zwei solcher Faktoren waren dabei maßgebend.

Der eine ist die Tatsache, daß das internationale Kräfteverhältnis sich zugunsten des Sozialismus und des gesellschaftlichen Fortschritts geändert hatte. Stärker und stärker wurden die internationalen Positionen der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten in Europa. Ihre wachsende ökonomische, politische und moralische Kraft, ihre Erfolge beim Aufbau ihrer Gesellschaft, ihre Zusammenarbeit im RGW, ihre auf Frieden programmierte gemeinsame Außenpolitik sicherten ihr einen ständig wachsenden Einfluß auf die internationale Entwicklung. Die Schlußakte von Helsinki beruht nicht zu-

letzt auf der Fähigkeit und Bereitschaft sozialistischer Außenpolitik zu vernünftigen Interessenausgleich und zur Flexibilität. Dem ist es zu verdanken, daß beispielsweise Positionen des Revanchismus keinen Platz in der Schlußakte fanden. Zugleich verurteilt das Dokument Verhaltensweisen wie etwa Herrschaft des Stärkeren über den Schwächeren, Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Androhung oder gar Anwendung von Gewalt, Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Der andere Faktor ist die Tatsache, daß es den sozialistischen Ländern, die sich vor nunmehr 30 Jahren im Warschauer Pakt zusammengeschlossen hatten, Mitte der 60er Jahre gelungen war, ein annäherndes militärisches Gleichgewicht zur NATO herzustellen. Damit war eine neue strategische Situation entstanden. Von da an war jeder Mordversuch am Sozialismus mit militärischen Mitteln zugleich zum Selbstmordversuch des Imperialismus geworden.

Beide Faktoren hatten bewirkt, daß zwar der Sozialismus noch nicht, der Imperialismus jedoch nicht mehr die Gestaltung der internationalen Beziehungen allein bestimmen kann.

So setzte sich, obwohl die aggressivsten Kräfte des Imperialismus erbittert widerstrebten, die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz durch.

Wie es zur KSZE kam

Gewiß, es war ein weiter und keineswegs ebener Weg seit jenen Junitagen 1966, als in Bukarest der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages eine Konzeption zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit in Europa vorlegte, bis zum Juni 1973, als die erste Phase der Konferenz begann, und bis zum 1. August 1975, da sie mit der Unterzeichnung der Schlußdokumente zu Ende ging.

In der Zwischenzeit war der Bukarester Appell immer weiter konkretisiert worden, so durch den Vorschlag von Verhandlungsgegenständen im Oktober 1969 durch die Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Paktes, im Juni 1970 durch den Vorschlag des gleichen Gremiums für eine Tagesordnung, im Dezember desselben Jahres durch die Bereitschaftserklärung des Politischen Beratenden Ausschusses, an einem Vorbereitungstreffen teilzunehmen.

Um diese Zeit waren auch jene bilateralen Vertragswerke herangereift, die man als Wegweiser zur KSZE bezeichnen könnte: Der Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der

BRD vom 12. August 1970, der Vertrag zwischen der VR Polen und der BRD vom 7. Dezember 1970, das Vierseitige Abkommen über Westberlin vom 3. September 1971, das Transitabkommen der DDR mit der BRD vom 20. Dezember 1971 und weitere Vereinbarungen zwischen diesen beiden Staaten sowie schließlich der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 21. Dezember 1972.

Das waren Fortschritte auf dem Wege zu friedlicher Koexistenz, die manch einer sich noch wenige Jahre vorher nicht vorstellen konnte. Hatte der erwähnte Bukarester Appell von 1966 zunächst im Westen kaum ein positives Echo gefunden, so griffen nach und nach auch Staatsmänner in neutralen und zum Teil in einigen NATO-Staaten diese Ideen auf. Ja, es hat nach dem Zustandekommen der KSZE gar Versuche westlicher Kräfte gegeben, sich zu ihrem Initiator zu erklären.

Mir scheint, daß dieser Rückblick keineswegs nur historische Bedeutung hat. Vielmehr lassen sich mindestens drei wichtige Schlußfolgerungen für die Gegenwart daraus ziehen.

Die erste ist, daß die beharrlich und unermüdlich vorgetragenen und jeweils aktualisierten Vorschläge der sozialistischen Staatengemeinschaft durchaus nicht in den Wind gesprochen sind, und zwar deswegen, weil sie realitätsbezogen sind, weil Vernunft sie trägt, weil sie das allgemeine Interesse aller Völker im Auge haben. Sie sind einleuchtend, verständlich und gehen zu niemandes Lasten, dem es ebenfalls ehrlich um Frieden zu tun ist. Sie sind der Sache aller Völker verpflichtet. Sicherlich wird man über kurz oder lang von der Prager Politischen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Januar 1983 mit ihren Vorschlägen zur Zügelung des Wettrüstens und zur Abrüstung, zur weiteren Festigung der europäischen Sicherheit, zur friedlichen Lösung internationaler Probleme und zu breiter internationaler Zusammenarbeit dasselbe sagen können wie von dem Bukarester Appell und anderen gleichartigen Dokumenten: Die Vernunft setzt sich letzten Endes doch international durch.

Die zweite Schlußfolgerung ist die: Wem es ernsthaft um Fortschritte in den internationalen Beziehungen zu tun ist — und das wird ja auch von den maßgeblichen politischen Gruppierungen und ihren Repräsentanten in westlichen Staaten versichert —, der wird wohl Kompromißbereitschaft mitbringen, das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit respektieren und von den Realitäten ausgehen müssen, von den Ergebnissen, wie sie der zweite Weltkrieg und die Entwicklung danach nun einmal hervorgebracht haben. Alles andere

führt in eine Sackgasse und schadet dem Frieden wie der Entspannung.

Gedanken, Konzepte und Pläne, von welcher Seite auch immer, sofern sie nur ebenfalls vernünftig und wirklichkeitsnah sind, finden in den sozialistischen Ländern ein offenes Ohr und ein offenes Tor.

Drittens schließlich kann man schlußfolgern, daß die nüchterne und realistische Sicht der Dinge, wie sie in zahllosen Vorschlägen zur Verminderung der Kriegsgefahr, zur Stabilisierung der europäischen Sicherheit und zur Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Ausdruck kommt, eine gewaltige Kraft unterstützt und motiviert — die Kraft der Volksmassen, und das nicht nur in allen sozialistischen Staaten. Speziell im Blick auf die westeuropäische Friedensbewegung stellt das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“, eine im allgemeinen konservativ eingestellte Publikation in der BRD, fest, diese Bewegung habe „viel von dem, was sie für ihre Schuldigkeit hielt, erreicht, vor allem das eine: die Schärfung des öffentlichen Bewußtseins für die Verletzlichkeit des Friedens. Vieles ist da bewegt worden in den vergangenen Jahren, Außen- und Sicherheitspolitiker weilen nicht mehr unter sich, die Friedensdebatte wird öffentlich geführt.“

Unser Staat — ein Wegbereiter der Entspannung

Die Deutsche Demokratische Republik besitzt zweifellos ein beträchtliches Eigengewicht für die europäische Sicherheit. Die Versuche ihrer Gegner, die „deutsche Frage offenzuhalten“, Ergebnisse des Krieges und der Nachkriegszeit zu ignorieren und gegebenenfalls zu revidieren, Grenzen infragezustellen, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, waren ja ein Haupthindernis für die Entspannung in Europa und bleiben eine latente Gefahr für die Sicherheit unseres Kontinents.

Um so höher ist es zu veranschlagen, daß unser Staat diese Belastung nie passiv hingenommen, sondern stets aktiv bewältigt hat. Er hat die objektiven Faktoren, die die KSZE möglich machten, gefördert und vieles zur internationalen Zusammenarbeit beigetragen, auch schon zu Zeiten, als ihre gleichberechtigte Teilnahme an der Arbeit vieler internationaler Gremien durch ihre diplomatische Isolierung behindert wurde und daher nicht alles, was es an Möglichkeiten gegeben hätte, ausgeschöpft werden konnte.

So erinnere ich mich, um nur ein einziges von vielen Bei-

spielen zu nennen, noch gut jener Tagung der Volkskammer vom 9. August 1968, als wir beschlossen, Initiativen

- zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen allen Staaten Europas,
- zur Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO,
- zu einem Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik

sowie zu weiteren entspannungsdienlichen Maßnahmen zu ergreifen. Initiativen wie diese waren eine sehr wesentliche Vorstufe zu den dann folgenden Treffen der Regierungschefs der DDR und der BRD in Erfurt und Kassel und schließlich auch dazu, daß der Weg zur gleichberechtigten Teilnahme aller europäischen Staaten an der KSZE frei wurde.

Bei allen ihren Schritten hat die DDR zugleich die gesamt-europäische Konstellation im Auge behalten. Sie griff positive Tendenzen, konstruktive Ideen und realistische Einschätzungen europäischer Politiker auf und vertrat immer wieder den Standpunkt, politische Meinungsverschiedenheiten und ideologische Gegensätze sollten die Völker Europas nicht daran hindern, von den Realitäten auszugehen und Wege zu suchen, um einen Kontinent des Friedens und der Zusammenarbeit zu schaffen.

So hat unser Staat nicht nur das Dokument von Bukarest mitgeprägt, gehört er nicht nur zu den Initiatoren der Einberufung der KSZE. Er hatte auch nicht nur wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Schlußakte. Er hat alle die Jahre seitdem seine Außenpolitik gemäß den Aussagen der Schlußakte und in deren Sinn gestaltet. Zahlreich sind seine Anregungen zur Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses, zum Gelingen der Nachfolgekongressen. Diese Anregungen kamen der Vertiefung jenes Prozesses auf vielfältige Weise zugute.

Das ist ganz einfach damit zu erklären, daß Helsinki ja in keiner Weise einen Bruch mit politischen Prinzipien der DDR verlangt hat. Vielmehr ist unser Staat der Schlußakte der KSZE eben dadurch gerecht geworden, daß er die Politik im Inneren und nach außen fortgeführt hat, mit der er 1949 angetreten war. Die Position von Helsinki wird ohne Wenn und Aber vertreten.

Eines der Grundprinzipien der Schlußakte nach dem anderen kann man hernehmen und die Politik der DDR daran prüfen:

Keinen Staat gibt es, der von sich behaupten könnte, seine Souveränität oder territoriale Integrität sei von der DDR in Zweifel gezogen worden, sie habe sich in seine inneren Angelegenheiten eingemischt oder gar mit Gewaltanwendung gedroht.

Nicht unser Staat ist es gewesen, der jahrzehntelange Behinderungen in der Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Staaten zu vertreten hat, sondern diejenigen, die eine jahrzehntelange diplomatische Blockade über ihn verhängten.

Und man weise unserem Staat auch nur eine einzige Verletzung internationaler Verträge nach. Es ist wohl unbestritten, daß er seine völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben einhält.

Ebenso gibt es in der DDR kein Defizit in Sachen Menschenrechte und Grundfreiheiten, nicht in bezug auf das allererste Menschenrecht, das auf ein Leben in Frieden, nicht in den umfassenden sozialen Rechten, vor allem denen auf solide Bildung, auf Arbeit und einen Arbeitsplatz, auf Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend, bis zum Recht eines jeden Bürgers auf Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, wie es 130 000 christliche Demokraten an der Seite der anderen demokratischen Kräfte Tag für Tag einflußreich praktizieren. Wahrlich, die Artikel 19 bis 40 unserer sozialistischen Verfassung sind ein Menschenrechtskatalog, den mancher Arbeitslose, mancher sozial Diskriminierte in kapitalistischen Ländern sich wünschen würde. Und wie es speziell mit der Gewährleistung der Freiheit des Gedankens, des Gewissens, der Religion und der Überzeugung bestellt ist, so können gerade wir Christen auf das rege und blühende Leben unserer Kirchgemeinden verweisen — ein Faktum, das von jenen Freiheiten kaum zu trennen ist.

Wenngleich die Konferenz von Helsinki keine Abrüstungskonferenz war, so haben die Teilnehmerstaaten doch „ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung“ bekundet. Auch auf diesem Felde konnte die Staatspolitik der DDR nahtlos fortgesetzt werden. Die ganze Geschichte unseres Staates ist ja zugleich die Geschichte solcher Bemühungen. Das hat sich auch nach Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen der NATO in Westeuropa nicht geändert. Immer wieder ist von der Staatsführung betont worden, daß sie bereit ist, Truppen zu reduzieren, Abrüstungsschritte zu gehen und zur Vermeidung militärischer Konflikte beizutragen. Erinnert sei nur an die sofortige Bereitschaft, einem schwedischen Vorschlag gemäß das Territorium unseres Landes zu einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone zur Verfügung zu stellen. Daß die DDR auch in militärischer Hinsicht für Formen der Vertrauensbildung eintritt, zeigen beispielsweise auch in jüngster Zeit wieder die gegenseitigen Besuche von Militärdelegationen der NVA und der Armeeführungen Schwedens und Österreichs.

Das geflügelte Wort, das als Motto jenem „Grünen Buch“, in das die Schlußakte der KSZE gebunden war, hätte vorangestellt sein können — jenes Wort nämlich, daß es besser ist, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen, hat die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der DDR ebenfalls von Beginn an geprägt. Ganz im Geiste von Helsinki sind zahlreiche Kontakte und Dialoge verlaufen, die die Führung unseres Staates mit Politikern aus Unterzeichnerländern der KSZE auch 1984 wieder verbanden. Um nur an Aktivitäten des Vorsitzenden des Staatsrates zu erinnern: Er empfing den damaligen Ministerpräsidenten Kanadas und die Präsidentin Maltas, den französischen Außenminister und den Präsidenten des spanischen Senats, den bayrischen Ministerpräsidenten und die Regierungschefs Schwedens, Griechenlands und Italiens. Er selbst weilte zu einem Staatsbesuch in Finnland und traf in Berlin mit dem österreichischen Bundeskanzler zusammen. Was im Blick auf die Schlußakte von Helsinki und das darauf aufbauende Dokument von Madrid im Gemeinsamen Kommuniqué dieses letztgenannten Treffens gesagt wurde, gilt auch für alle anderen: Die Betonung der „Notwendigkeit und Bedeutung der kontinuierlichen Fortführung eines ernsthaften, von Verantwortungsbewußtsein getragenen Dialogs auf hoher und höchster Ebene gerade in der gegenwärtigen komplizierten Situation“.

In Verwirklichung der Beschlüsse der KSZE hat die DDR seit 1975 bis Anfang dieses Jahres 227 Verträge und Abkommen mit der Mehrzahl der kapitalistischen Teilnehmerstaaten der Konferenz von Helsinki abgeschlossen, die alle Bereiche der Schlußakte umfassen:

- Politische Zusammenarbeit;
- Konsular- und Rechtshilfswesen;
- wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit;
- Umweltschutz;
- Verkehr;
- Gesundheitswesen;
- Kultur;
- Volks- und Hochschulbildung;
- Zusammenarbeit von Rundfunk- und Fernsehstationen;
- Austausch zwischen Akademien der Wissenschaften und zwischen Nachrichtengagenturen.

Vieles ist durch diese Verträge und Abkommen in Gang gesetzt und realisiert worden. Nur einiges sei herausgegriffen.

● Wachsender Warenumsatz. Er stieg im Vergleich zu 1970 beispielsweise mit Österreich auf das Fünfzehnfache, mit Belgien und Luxemburg auf das Zehnfache, mit Frankreich auf

das Sechsfache, mit Großbritannien auf das Vierfache, mit der BRD auf das Dreifache.

- Großvorhaben auf Kompensationsbasis, Kooperationsprojekte, etwa das jüngst in Betrieb genommene Konverterstahlwerk in Schwedt, das die österreichische VOEST-Alpine AG baute, oder das vor einigen Jahren gemeinsam mit den Firmen Krupp und Klöckner (BRD) errichtete Walzwerk in Syrien.

- Bilaterale Zusammenarbeit im Umweltschutz mit Schweden, Finnland, Österreich, Norwegen und Dänemark, in letzter Zeit auch mit der BRD und Westberlin.

- Ein Kulturzentrum der DDR in Paris, ein französisches in Berlin.

Mit alledem und noch vielem mehr, das aufzuzählen hier zu weit führen würde, hat die DDR immer aufs neue bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung für Frieden und Zusammenarbeit in Europa bewußt ist und daß auf sie Verlaß ist, wenn es darauf ankommt, diesen Prinzipien gemäß zu handeln.

CDU in der DDR aktiv für friedliche Koexistenz

Für uns christliche Demokraten gilt in bezug auf die KSZE das gleiche wie für die gesamte DDR. Wir brauchen unsere Politik nur kontinuierlich fortzusetzen — eine Politik, die im Gründungsauftrag unserer Partei von 1945 so definiert ist: „Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung des gleichen Grundsatzes der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben.“

Wir haben denn auch den langen Prozeß, der schließlich zur Einberufung der KSZE und zum Zustandekommen der Schlußakte führte, nicht nur mit Sympathie begleitet, sondern von Anbeginn an tatkräftig unterstützt. Ebenso haben wir von jenem 1. August 1975 bis heute alles unternommen, was in unseren Kräften stand, um im Sinne der Schlußakte Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern.

Bereits auf einer Hauptvorstandssitzung im Oktober 1966 haben wir im Blick auf die Bukarester Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages, jener eigentlichen Wiege der KSZE, erklärt, daß wir deren Vorschläge „tatkräftig unterstützen“, weil wir darin, „ein für alle europäischen Staaten annehmbares Programm (sehen), das den Interessen aller am Frieden interessierten Kräfte in Europa entspricht.“

Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — das waren und sind die Triebkräfte unserer Einstellung zur Ent-

wicklung auf unserem Kontinent. „Wir sind glücklich darüber“, so heißt es in der Erklärung unserer Mitarbeiterkonferenz vom Juni 1967, „daß unsere Republik... das System kollektiver Sicherheit in Europa vorbereiten hilft.“ Dabei war zu jener Zeit gerade auch in unserer politischen Arbeit davon auszugehen, daß in Bonn eine damals maßgeblich von Politikern der CDU/CSU bestimmte Regierung die einer europäischen Entspannung im Wege stehenden Positionen immer noch mit Vehemenz vertrat. Als einzige große Partei in Europa hat sie sich ja von Anfang an gegen die KSZE ausgesprochen und — dann in der Opposition — noch am 25. Juli 1975 im Bundestag gefordert, die Regierung der BRD solle die Schlußakte nicht unterzeichnen. Wir hingegen stellten unseren Standpunkt bereits in der Entschließung unseres 12. Parteitages (Oktober 1968) so dar: „Die CDU (erstrebt) ein stabiles kollektives Sicherheitssystem in Europa, das... gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf geregelten, normalen Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, auf Vereinbarungen über Gewaltverzicht, Abrüstung, kernwaffenfreien Zonen und anderen Entspannungsschritten beruht und beide deutsche Staaten einbezieht.“

Der gleiche Gedanke findet sich in einem „Offenen Wort der CDU an die Christen in der Bundesrepublik“ vom August 1969. Dort heißt es: „Nicht durch Hegemoniestreben und Unterwanderungspläne, sondern nur durch friedliche Koexistenz wird ein friedliches Europa entstehen“ und: „Es gilt zu begreifen, daß nur eine europäische Sicherheit, die auf dem Status quo beruht, auch die Sicherheit der Bundesrepublik und aller ihrer Bürger ist.“ Das sind Feststellungen, die damals wie heute gelten.

Schon frühzeitig haben wir auch den hohen Stellenwert einer europäischen Konferenz eingeschätzt. „Es wäre in der Tat ein historisches Moment im Leben unseres Kontinents, wenn eine solche Konferenz zustande käme“, heißt es in einer Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes unserer Partei vom März 1969.

Wiederholt haben wir uns gemeinsam mit unseren Freunden von der Tschechoslowakischen Volkspartei und der polnischen Vereinigung PAX, mit denen uns jahrzehntlanges enges Zusammenwirken verbindet, an Christen, christlich-demokratische Parteien und an Kirchen Westeuropas gewandt, um ihnen unsere Überzeugung weiterzugeben, daß christlicher Dienst am Frieden heute gebietet, alle Maßnahmen mitzutragen, die den Schutz von Frieden und Leben gewährleisten. Gemeinsam dem Frieden zu dienen und zur Sicherheit Europas beizutragen — das ist auch das stärkste Motiv un-

serer freundschaftlichen Verbundenheit mit führenden Geistlichen der Russischen Orthodoxen Kirche sowie der Zusammenarbeit, die sich zwischen uns und der Christlich-Sozialen Gesellschaft in Polen entwickelt hat.

Als dann die Schlußakte unterzeichnet war, stellte Gerald Götting auf einer Hauptvorstandssitzung im Oktober 1975 fest, Helsinki sei „für uns nicht Schlußpunkt, sondern Ausgangspunkt zu neuen Anstrengungen, Auftakt einer neuen Etappe im Ringen um die Festigung des Friedens.“ Dabei müsse der Weg von der politischen zur militärischen Entspannung führen.

In diesem Sinne haben wir seither unsere politische Arbeit getan. Dabei bestand unser Beitrag in erster Linie in der unermüdlichen und segensreichen Mitarbeit aller Unionsfreunde in Stadt und Land an der weiteren Stärkung unseres Staates und an dem weiteren Ausbau der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, ganz im Sinne dessen, was der Hauptvorstand unserer Partei schon im Vorfeld von Helsinki als die wirksamste Form ansah, wie christliche Demokraten die Sicherheit Europas fördern können, nämlich „durch ihre zielstrebige Arbeit für die allseitige Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik.“

Diese Arbeit im Beruf wie im Territorium hat erstens dazu beigetragen, das internationale Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus und des Friedens zu verändern. So wurde es möglich, die aktive Friedens- und Sozialpolitik der sozialistischen Gesellschaft in der Welt immer stärker zur Geltung zu bringen. Zweitens hat das Wirken aller unserer Unionsfreunde die Rolle, Bedeutung und Ausstrahlungskraft unserer CDU auch international gestärkt. So konnten wir das engagierte Auftreten der Friedenskräfte in ganz Europa und das Umdenken maßgeblicher politischer Kreise in kapitalistischen Ländern unseres Kontinents durch unser Wirken, unsere Kontakte, unser Auftreten auf ungezählten internationalen Kongressen und Foren unterstützen und fördern. Die glaubwürdige christliche und demokratische Motivation unserer Politik hat das maßgeblich ermöglicht und erfolgreich werden lassen.

Auf der Grundlage der fleißigen Arbeit aller unserer Mitglieder zur Stärkung unseres Staates hat unsere Partei durch ihre eigenen Aktivitäten sowie durch die der Mitglieder unserer Volkskammerfraktion, durch die Mitarbeit von Unionsfreunden im Friedensrat, in der Liga für Völkerfreundschaft und zahlreichen weiteren Gremien vieles und Vielfältiges dazu beigetragen, die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern und zu vertiefen. So sind wir dem Prinzip gerecht geworden, das in der Entschließung unseres 14. Parteitag

so formuliert ist: „Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, die sozialistische Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vor allem in Europa voranzubringen.“

In vielen Begegnungen mit führenden Persönlichkeiten aus christdemokratischen Parteien, mit verantwortlichen Vertretern ihrer Parlamentsfraktionen und mit Repräsentanten der christlichen Arbeiterbewegungen haben wir im Sinne der Schlußakte der KSZE Gedanken und Informationen ausgetauscht. Wir haben das Wirken unserer Partei für Frieden und soziale Sicherheit geschildert und durch die Erläuterung der Friedensinitiativen der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft zu deren Verständnis beigetragen.

Weitgehende Übereinstimmung wurde immer wieder darüber erzielt, daß Friedens- und Nächstenliebe den Maßstab für das gesellschaftliche Handeln von Christen bilden und daß es gegenwärtig vor allem darauf ankommt, eine atomare Katastrophe zu verhindern, die Entspannung wieder zur vorherrschenden Tendenz der zwischenstaatlichen Beziehungen zu machen und zu diesem Zweck zu Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vor allem auf nuklearem Gebiet zu kommen. Es ist interessant festzustellen, daß nicht selten Gesprächspartner solche Gedanken und Ideen in ihren Parlamenten zur Sprache brachten und daß manche von ihnen oftmals auch als aktive Mitstreiter in den Reihen der Friedensbewegung ihrer Länder stehen oder sogar zur Spitze dieses Bewegung gehören.

„Wir sind auch künftig zu einem konstruktiven Dialog mit all jenen bereit, die in ihren Parteien, Gruppen oder Verbänden nach Wegen und Möglichkeiten zu einer friedvollen Zukunft der Menschheit im Interesse ihrer Völker suchen“, heißt es in dem Bericht an unseren 15. Parteitag.

Wichtige Beiträge von CFK und BK

Als Zusammenschlüsse von Christen und unter aktiver Mitwirkung zahlreicher Unionsfreunde haben sich die Christliche Friedenskonferenz (CFK) und die Berliner Konferenz europäischer Katholiken (BK) klug, beharrlich und intensiv für das Zustandekommen und die Verwirklichung der Beschlüsse der KSZE eingesetzt. Damit sind sie mit ihrer spezifisch christlichen Prägung in den Reihen der weltweiten Friedensbewegung ihrem Selbstverständnis gerecht geworden, tatkräftig das Leben und den Frieden zu verteidigen.

So ist beispielsweise die Feststellung der CFK auf ihrer Ta-

gung in Siofok 1975 zu verstehen, die Schlußakte sei ein Aufruf zur „Zusammenarbeit mit allen christlichen und nichtchristlichen Friedenskräften“. Mit Recht hatte der Präsident der CFK, Bischof Karoly Tóth, auf dieser Tagung erklärt: „Unsere Bewegung braucht sich nicht zu schämen: Seit Erscheinen des Gedankens des europäischen Friedens und der Sicherheit stand diese Angelegenheit konsequent und ununterbrochen vor uns im Zeichen der Unterstützung der Politik friedlichen Überlebens und des Kampfes gegen den ‚kalten Krieg‘.“

Besonders sichtbar wurde das, als der Arbeitsausschuß der CFK sich Anfang April 1979 in Helsinki mit dem Thema befaßte: „Die Zukunft der Entspannung – Aufgaben und Pflichten der Kirchen und Christen“. Bischof Tóth unterstrich dabei: „Sicherheit durch Abrüstung: Das ist die wichtigste Botschaft aus Helsinki an die heutige Welt!“

Immer wieder wurde seither in Verlautbarungen der CFK deutlich, wie sehr es darauf ankomme, in den Reihen der Christen und ihrer Kirchen die Reste des „kalten Krieges“ und die Folgen der psychologischen Kriegsführung abzubauen, vor allem auch antikommunistische Vorurteile und Klischees. Es gehe darum, die Abrüstungsbemühungen zu unterstützen und alle ökumenischen Gremien zu ermutigen, in ihren Anstrengungen für die Entspannung nicht nachzulassen, sondern ihr Engagement dafür zu verstärken.

Was die BK angeht, so hatte sie auf ihrer IV. Tagung 1971 erklärt: „Mit Entschiedenheit und Entschlossenheit unterstützen wir ... den Vorschlag zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit.“ „Europäische Sicherheit auf der Grundlage friedlicher Koexistenz und multinationaler Zusammenarbeit“, so hieß es weiter, „– beides geschieht durch die Völker und mit den Völkern.“ Auf der VI. Tagung 1977 wurde die Erwartung an die Unterzeichnerstaaten von Helsinki ausgesprochen, „daß sie die in der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen vollständig erfüllen.“ Auf einem internationalen Symposium hatte die BK 1976 über die „Konsequenz nach Helsinki: Abrüstung“ beraten und festgestellt: „Die mit der europäischen Staatenkonferenz vorangebrachte politische Entspannung muß – wie es in der Schlußakte von Helsinki vereinbart ist – durch ‚Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung‘ ergänzt werden. Darum ist Helsinki auch für uns Katholiken kein Schlußpunkt, sondern Ausgangspunkt zu neuen, verstärkten Initiativen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.“

In den zahlreichen Äußerungen der BK zur europäischen

Sicherheit treten einige Elemente immer wieder hervor: Die Aufforderung, katholische Christen sollten sich stets auf die Seite derer stellen, die von Frieden und Gerechtigkeit nicht nur reden, sondern die demgemäß handeln; nicht durch Passivität mitschuldig zu werden; bereit zu sein zur Zusammenarbeit mit allen, christlichen wie nichtchristlichen Friedenskräften. „Es müssen“, so heißt es in der „Willenserklärung“ des Internationalen Symposiums der BK in Berlin 1976, „erhöhte Anstrengungen für die Sensibilisierung und Aktivierung auch der Katholiken des Kontinents im Dienste des Friedens, der freien Entwicklung und des sozialen Fortschritts der Völker unternommen werden“.

Die Kirchen und die KSZE

In zahlreichen kirchenleitenden Kreisen war die Einsicht gewachsen, daß das konsequente Streben nach realistischen Lösungen im Interesse des Friedens und der Sicherheit Europas dem friedlichen Zusammenleben der Völker unseres Kontinents dient. Sachbezogener und effektiver Friedensdienst von Kirchen, ihren Amtsträgern und Gliedern richtete sich mehr und mehr darauf, Friedenspolitik gerade im Hinblick auf die Gewährleistung der europäischen Sicherheit bewußt und konsequent zu unterstützen. Dafür gibt es mannigfache Belege.

Wenn hier zunächst die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) genannt wird, so deshalb, weil sie bereits zum Zustandekommen der KSZE wesentliche Orientierungshilfen für ihre Mitgliedskirchen geleistet hat. So setzten sich auf ihrer VI. Vollversammlung 1971 alle 100 Delegierten für die Einberufung einer Sicherheitskonferenz ein. Der Anteil der evangelischen Kirchen der DDR an dieser Entscheidung wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß der damalige Magdeburger Bischof Dr. Werner Krusche das Hauptreferat hielt. Er unterstrich die in den letzten Jahren von der KEK bereits formulierten Stellungnahmen zur Einberufung einer solchen Konferenz und forderte die gleichberechtigte Teilnahme aller europäischen Staaten.

Im Oktober 1975 war es wiederum die KEK, die sich als erstes internationales kirchliches Gremium auf einer Konsultation in Buckow/DDR – eingeladen und ausgerichtet vom DDR-Kirchenbund – mit der KSZE beschäftigte und die Christen ermutigte, „freimütig und mit nüchternem Blick auf das jeweils Mögliche sich dafür einzusetzen, daß die Prinzipien der Schlußakte in der jeweiligen Lebenssituation verwirklicht

werden. Der ganzheitliche Charakter der menschlichen Existenz macht es dabei notwendig, auf die Unteilbarkeit der Prinzipien des Dokuments von Helsinki zu bestehen.“ Dieser Gedanke wurde von kirchenleitenden Kreisen in der DDR wiederholt aufgegriffen, so 1976 von Bischof D. Dr. Albrecht Schönherr: „Alle Prinzipien hängen zusammen, sie haben alle Bedeutung für den Frieden.“

Angesichts dessen, daß der Vatikan ja zu den Teilnehmern und Signataren der KSZE gehörte und daß er die Konferenz vor allem mit seiner hohen moralischen Autorität unterstützte, ist es interessant, festzustellen, daß Papst Paul VI. in seiner persönlichen Botschaft an die Konferenz erklärte, der Friede in der Welt müsse sich durchsetzen, weil er „die Basis für das Zusammenleben der Menschen und für die moderne Zivilisation“ sei.

Zur Konkretisierung der Beschlüsse von Helsinki erklärte der Leiter der vatikanischen Delegation, der damalige Erzbischof Agostino Casaroli, in seiner Ansprache beim Gipfeltreffen der KSZE, es reiche heute nicht aus, nur Richtlinien zu verkünden. „Der Heilige Stuhl zögert deshalb nicht, direkt teilzunehmen an den Bemühungen der Regierungen zugunsten des Friedens, und zwar im Rahmen der Formen und in dem Maße, die uns entsprechen. Der Heilige Stuhl zögert nicht, seine eigene konkrete Verantwortung hierbei zu tragen.“ Die von den Staatsmännern mit ihrer Unterschrift unter die Dokumente von Helsinki übernommene Verpflichtung stelle „das Unterpfand dar für den Ernst einer Schlußakte, die die Völker Europas – selbst wenn sie durch die Missetaten ihrer langen Geschichte vorsichtig und fast skeptisch gestimmt wurden – mit Recht als einen Wendepunkt in ihrer jahrtausendealten Geschichte ansehen.“

Auf dem II. Brüsseler Forum der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit (April 1975) erklärte Auguste Vanistendael, Mitglied der Päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“: „So teilt auch der Heilige Stuhl die Überzeugung, daß der Frieden in Europa wesentlich ist für die Erhaltung des Weltfriedens. Aus diesem Grunde unterstützt er die Bemühungen zur Förderung der Sicherheit, des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen und Völkern.“

Im Sinne der Vorbereitung der KSZE und später der Schlußakte lag die Übergabe der vollen Jurisdiktionsgewalt der katholischen Bischöfe und die Übertragung der Eigenständigkeit an die Bischofskonferenz der DDR durch den Heiligen Stuhl.

Die konstruktive und positive Haltung der Kirchen zur Vorbereitung und den Ergebnissen der KSZE blieb allerdings

nicht ohne Widerspruch in den eigenen Reihen. Der ökumenische Jugendrat hatte schon recht, wenn er auf seiner Tagung im Oktober 1975 in Le Diablerets (Schweiz) feststellte: „Die Verpflichtung zu freundschaftlicher Zusammenarbeit bei voller Anerkennung der verschiedenen sozialen und politischen Systeme ist in unseren Kirchen noch keineswegs selbstverständlich.“

So mußte sich denn auch bereits die erwähnte Vollversammlung der KEK vier Jahre zuvor von einem Westberliner Kirchenmann vorwerfen lassen, der Ruf nach einer europäischen Sicherheitskonferenz sei „eine einseitige politische Option für die Forderungen des östlichen Partners gegen die Auffassungen der westlichen Seite“. Springers „Welt“ nannte die Resolution gar „politisch substanzlos“ und die KEK eine „politische Spielweise für theologische Hobby-Politiker“.

Nach der Buckower Konsultation, also nach Abschluß der KSZE, wurde die KEK in einem Kommentar des bundesdeutschen „epd“ eine „Kirche im Nebel“ genannt, die nicht erkannt habe, daß in Helsinki lediglich ein „mühsam ausgehandelter Kompromiß abgesegnet worden“ sei. Bezeichnend ist in diesem Kommentar, daß der Abrüstungsappell von Helsinki als für die DDR „nichtssagend“ charakterisiert wurde, denn, man höre und staune, „er trifft sich da durchaus mit einigen Bestrebungen der dortigen Regierung.“

Auch der Vatikan blieb von Anfeindungen nicht verschont. Während der Schlußphase der KSZE wurden in Rom Pamphlete verbreitet, in denen die Exkommunikation Erzbischof Casarolis gefordert wurde. Zumindest dürfe der „Unterzeichner vatikanischer roter Konkordate“ nicht Kardinal werden. Die katholisch-konservativ orientierte BRD-Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ sprach von der KSZE als einer „Schwarzen Messe“, also einer Teufelsmesse.

Es ist begrüßenswert, daß sich die Kirchen und ihre Repräsentanten im allgemeinen von dergleichen nicht beirren ließen. Gewiß mag das auch damit zusammenhängen, daß die Mechanismen der Zusammenarbeit, die aus der KSZE hervorgegangen sind, den Christen und Kirchen in Europa einen quasi spezifischen Nutzen bringen. Wie zahlreiche ökumenische Begegnungen seither bewiesen haben, hat sich in kirchlichen Kreisen die Erfahrung gefestigt, daß ökumenische Kontakte segensreiche politische Dimensionen haben können – auch über kirchlich-religiöse Zusammenarbeit hinaus. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man die wachsende Teilnahme gerade auch der evangelischen Kirchen der DDR an Aktivitäten und Manifestationen der Friedenskräfte als eine Frucht jener Erfahrungen wertet. Zudem hat sich ergeben, daß ein

Zusammenhang zwischen dem internationalen politischen Klima und den Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen besteht. Wo Entspannung herrscht, wird neben der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen auch die kirchliche Zusammenarbeit leichter. Zugleich ist klar geworden, daß Kontakte dieser Art von der politischen Kooperation abhängen, daß sie nicht „an der Politik vorbei“ zu erreichen sind.

Die Schlußakte und ihre Gegner

Welch großen Erfolg die KSZE darstellt, wird erst recht klar, wenn man auch einen Blick auf die politische Gegnerschaft wirft, die es in Westeuropa gab und teilweise auch noch gibt.

Diese Gegnerschaft gegen einen von den Völkern erwiesenermaßen einhellig begrüßten Schritt zur Entspannung in Europa läßt sich leicht erklären. Es gibt da nämlich einen bemerkenswerten Unterschied. Wie am Beispiel der DDR bereits dargelegt wurde, läßt sich die Schlußakte in die Politik der sozialistischen Staaten ohne Schwierigkeiten einfügen. Das resultiert allerdings nicht daraus, daß diese in Helsinki „gesiegt“ oder anderen Konferenzteilnehmern ihre Ansichten aufgezwungen hätten. Auch ihre Erwartungen gibt die Schlußakte keineswegs lückenlos wieder, und Kompromisse — nochmals sei es betont — waren notwendig.

Den konservativen Kräften in Westeuropa allerdings mußte die Schlußakte als Ganzes gegen den Strich gehen. Man braucht ja nur wiederum ihre zehn Prinzipien daraufhin zu betrachten. Um nur einige Beispiele herauszugreifen:

Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität inwohnenden Rechte; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten — muß das nicht der Politik derer zuwiderlaufen, die nach den deutschen Grenzen von 1937 verlangen? Müssen nicht die ständigen Versuche, die wirklichkeitsfernen Thesen angeblich innerdeutscher, irgendwie „besonderer“ Beziehungen in Verträgen der BRD mit der DDR unterzubringen, vertragliche Vereinbarungen verzögern und komplizieren? Einerseits „das Geflecht der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auszubauen“ und andererseits darauf zu beharren, daß es „unser zentrales Interesse bleibt, das Bewußtsein der Einheit der Nation hochzuhalten“, wie es Bundeskanzler Kohl erst kürzlich wieder erklärte — wie soll das zusammengehen?

Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein-

schließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit — wie lassen sich damit Völkerhaß und Ausländerfeindlichkeit vereinbaren, Rassismus und Unterstützung faschistischer Regimes, Manipulation des Denkens und der Gesinnung in antihumanistischer Richtung ohne Scham vor den haarsträubendsten Lügen?

Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker — muß das nicht dem im Wege sein, der sich nicht auf die friedliche Regelung von Streitfällen festlegen lassen will, sondern, wie einer der Vordenker des Konfrontationskurses in den USA, Stefan T. Possony, „mögliche und nötige Initiativen“ fordert, „um die Welt vom kommunistischen Alptraum zu befreien“?

Muß nicht einer, der — wie die Gründer und Betreiber der „Kontrollkommission für den Ost-West-Handel (COCOM)“ — ständig, wenngleich vergeblich, versucht, die wirtschaftliche Entwicklung sozialistischer Länder mit Embargo und Handelsboykott zu stören, sich an dem Prinzip der Zusammenarbeit zwischen den Staaten stoßen?

Wird es — um noch das zehnte Prinzip zu nennen — die Bereitschaft geben, völkerrechtliche Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen, wenn Positionen vertreten werden wie sie erst jüngst der Vizepräsident der Revanchistenorganisation „Bund der Vertriebenen“ in der BRD, Helmut Sauer, deutlich gemacht hat, als er den schier unglaublichen Ausspruch tat: „Da bisher in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die territoriale Souveränität nicht an die Volksrepublik Polen übergegangen ist, stellt in der Tat die BRD keine Gebietsansprüche und braucht dieses auch nicht zu tun. Andererseits jedoch stellt die Volksrepublik Polen vertragswidrig Ansprüche auf Anerkennung ihrer nicht bestehenden territorialen Souveränität“? Schert ihn Helsinki nicht, und nicht der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen? Helmut Sauer ist übrigens kein skurriler Außenseiter, sondern Bundestagsabgeordneter der CDU.

Will man nachprüfen, wie die Schlußakte von Helsinki praktisch sofort nach ihrer Unterzeichnung torpediert und die gerade kodifizierte europäische Sicherheit aufs Spiel gesetzt wurde, so genügt eigentlich schon die Betrachtung einer Zeittafel:

- 1976 Entdeckung einer mysteriösen „Grauzone“ bei den Mittelstreckenraketen in Europa durch westliche Politiker.
- 1977 Aufnahme der Produktion von „Cruise Missiles“.
- 1978 NATO-Langzeit-Rüstungsprogramm.

1979 NATO-Raketen-Beschluß von Brüssel.

1980 USA-Präsident Carter setzt die Ratifizierung des SALT II-Vertrages aus.

1981 USA-Präsident Reagan distanziert sich endgültig von diesem Vertrag und bringt zugleich das größte Hochrüstungsprogramm in Gang, das es in den USA in Friedenszeiten je gegeben hat.

1983 Beginn der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa, zugleich Torpedierung der Genfer Verhandlungen mit der UdSSR.

1984 Pläne der USA zur Militarisierung des Weltraumes.

Dieser — gewiß nur skizzenhafte — Abriss der Ereignisse zeigt, was Professor Howard C. Parsons, USA, kürzlich warnend darlegte: Die Administration in Washington strebt danach, die internationalen Auseinandersetzungen nicht im Geiste friedlicher Koexistenz, sondern mit der Drohung von Gewalt zu lösen. Er verwies dabei auf das Konzept eines anderen USA-Präsidentenberaters, Colin S. Gray, der „Anwendungsmöglichkeiten strategischer Überlegenheit“ zusammenfaßt „als den Besitz außenpolitischer Handlungsfähigkeit in Friedenszeiten; als die Fähigkeit, in der Erwartung, akzeptable politische Ergebnisse zu erzielen, Krisen zu riskieren; und als die Fähigkeit, wenn nötig Krieg auf jeder Ebene zu führen und zu überleben.“

In diesem Geiste wurde mittels der Stationierung der neuen Raketen in Westeuropa begonnen, das militärische Überlegenheitsdenken in die Praxis umzusetzen, wurde von den USA eine neue Runde des Wettrüstens eingeläutet, wurden die laufenden Rüstungskontroll- und -begrenzungsverhandlungen torpediert, soll sogar der Weltraum für das Wettrüsten offen sein, wurde die Kriegsgefahr erheblich vergrößert. Alles das gefährdet die Ergebnisse von Helsinki und verhindert die notwendige Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische.

Wir wissen, daß es in Westeuropa und vor allem in der BRD beträchtliche politische Kräfte gibt, denen dieser Kurs voll in ihr antihumanistisches Denken und Handeln paßt und die ihn daher unbekümmert um die Interessen der Völker unterstützen. Sie glauben, mit einem solchen Kurs ihren eigenen Belangen zu dienen. Die Stationierung habe bewirkt, die Außen- und Sicherheitspolitik der BRD „wieder fest einzubetten“ in die Politik der NATO. Dies entspreche den „nationalen Interessen“ der BRD. So Bundeskanzler Helmut Kohl am 12. September 1984 im Bundestag.

USA-Präsident Ronald Reagan sieht es offenbar anders. Ende 1983 hatte er festgestellt: „Wir schützen nirgendwo in

der Welt irgendjemandes Interessen, wir sind dort, um unsere eigenen Interessen zu schützen.“

Zur Haltung des Präsidenten paßt es denn auch, daß in bestimmten politischen Kreisen der USA der Begriff „expendable item“, also „Wegwerfartikel“, eine feststehende Bezeichnung für Europa geworden ist. Samuel Cohen, der geistige Vater der Neutronenbombe, sagte zu einem Journalisten: „Sie haben eben das Pech, in Europa zu leben, während wir jenseits des Ozeans liegen.“ Und der kompetente Mann für alles dies in Washington, Verteidigungsminister Weinberger, erklärte der BRD-Zeitung „Frankfurter Rundschau“ vom 29. April 1981 zufolge: „Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges ist Europa und nicht die Vereinigten Staaten.“ Mit Recht monierte die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ am 21. September 1984: „Wenn die Europäer sich nur als Sicherheitsglacis Amerikas verstehen müssen, ist die Geschäftsgrundlage des Bündnisses hinfällig.“

Wahrlich, wir hatten recht, als wir auf unserer bereits erwähnten Hauptvorstandssitzung vom Oktober 1975 feststellten, den Realitäten des veränderten Kräfteverhältnisses habe sich der Imperialismus zwar anpassen müssen, dies setze jedoch die dem Imperialismus wesenseigene Tendenz zu Expansion und Aggression nicht außer Kraft.

Dennoch: Helsinki wirkt weiter

Angesichts alles dessen mag manchem die Frage kommen: War die KSZE selber nur eine kurze Episode in der Geschichte unseres Kontinents? Ist es wieder das alte Lied von Europa als dem Wetterwinkel der Weltpolitik? Ist die Schlußakte der KSZE nur noch ein Stück Papier in den Archiven der Diplomaten?

Als Christen haben wir nicht Verzagtheit, sondern Zuversicht zum Prinzip unseres Lebens gemacht. Doch töricht wäre es andererseits gerade im politischen Raum, Zuversicht auf nichts zu stellen. Wir gehen jedoch davon aus, daß die KSZE sinnvoll war, daß der Geist von Helsinki auch im zehnten Jahr danach noch lebendig ist und weiterwirkt. Ja, noch mehr. „Jetzt erst recht“ gehört er zu den wesentlichsten Faktoren, um den Schaden, den der Entspannungsprozeß durch seine Gegner erlitten hat, so klein wie möglich zu halten.

Es gibt durchaus Beweise dafür, daß Helsinki weiterwirkt, daß der Prozeß, den die KSZE in Gang gesetzt hat, und seine Ergebnisse zwar durch die Konfrontationspolitik der USA ernsthaft belastet sind, daß es Rückschläge gegeben hat und

daß längst nicht alles erreicht wurde, was hätte erreicht werden können. Doch wie massiv die Versuche auch waren und sind, der Entspannung den Garaus zu machen — sie ist nicht tot. Sie wirkt weiter dank jener Koalition der Vernunft und der Vernünftigen, die davon ausgeht, daß es möglich sein muß, die Früchte friedlicher Arbeit auch im Frieden zu genießen und die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Auffassungen von der Struktur der Gesellschaft auf friedliche Weise auszutragen.

Mit der Schlußakte von Helsinki liegt der Beweis auf dem Tisch, daß es keineswegs eine Zwangsläufigkeit, eine geschichtliche Gesetzmäßigkeit ist, daß Staaten, die auf einander ausschließenden Ideologien aufbauen, von vornherein zu gemeinsamer Sicherheit und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit unfähig seien. Voraussetzung ist jedoch, daß dabei keine Seite der anderen ihren Willen aufzuzwingen oder Vorteile zu Lasten der anderen zu erreichen sucht.

Diese Lehre von Helsinki ist es, die die Staaten des Warschauer Vertrages veranlaßt hat, in ihrer Politischen Deklaration von Prag ausdrücklich zu erklären, daß sie in ihrer Politik „ideologische Fragen strikt von den Problemen der zwischenstaatlichen Beziehungen“ trennen. Andere belehren zu wollen, welche Gesellschaftsstruktur sie in ihren Ländern errichten sollen, welchen Verhaltensnormen und Denkweisen sie folgen sollen, wie es von den USA anderen Staaten und Völkern gegenüber immer wieder versucht wird, das bringt nichts. Um in der Welt von heute als Völker normal miteinander auszukommen, muß man sich nicht unbedingt sympathisch sein. Aber entweder leben wir zusammen oder es besteht die Gefahr, daß wir zusammen sterben.

Um so wichtiger ist es, daß trotz aller gegnerischen Einwirkungen Prinzip und grundlegende substantielle Ergebnisse der friedlichen Koexistenz nicht aus den internationalen Beziehungen ausgelöscht werden konnten. Unsere Zuversicht hat also tatsächlich gute Gründe. Einige wesentliche seien genannt.

1. Die Existenz, die wachsende ökonomische Kraft und die auf Vernunft begründete Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa haben maßgeblich bewirkt, daß der Konfrontationskurs nicht in den Krieg geführt hat, sondern daß Friede blieb. Nach wie vor sind die sozialistischen Staaten der Hauptfaktor der Stabilisierung in Europa. Die Rechnung aggressiver imperialistischer Kräfte, das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten umkippen zu können, ist nicht aufgegangen. Die zur Erhaltung dieses Gleichgewichts notwendigen Gegenmaßnahmen wurden getroffen, zugleich

aber wurde im Sinne der KSZE der Kurs der Verhandlungs- und Dialogbereitschaft, der Bereitschaft zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung fortgesetzt.

2. Die von den USA in Gang gesetzte besorgniserregende Entwicklung hat verantwortungsbewußte politische Kräfte und Regierungen unterschiedlicher Einstellung in westeuropäischen Ländern veranlaßt, eigene Konzepte für die Entspannung zu entwickeln, Vorschläge der sozialistischen Staaten sorgsam zu prüfen, nach Wegen zu suchen, um den Frieden zu fördern, der Konfrontation Einhalt zu gebieten und nach Helsinki zurückzukehren. Gewiß kann man Erklärungen wie der aus Kreisen des italienischen Ministerrates zustimmen, daß konstruktive Gespräche zwischen Regierungen unterschiedlicher gesellschaftlich-politischer Ordnung keine nebensächliche Rolle bei der Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR gespielt haben.

3. Die Volksmassen in Europa haben genau registriert, daß in den 70er Jahren — vor allem auch angesichts der Ergebnisse der KSZE — Frieden erstmals mehr zu sein begann als nur die Abwesenheit von Krieg. So kann man sagen, daß der Friede und seine Erhaltung heute im Denken und Handeln von Millionen Menschen einen weit höheren Stellenwert einnimmt als noch vor Jahren. Es wird ihnen immer deutlicher, daß Friede heute eine Existenzfrage der Menschheit ist. Die Friedensbewegung hat dieses Nachdenken angeregt und fördert es. Immer größer ist die Zahl auch der Christen und Kirchen Westeuropas geworden, die Alternativen zur Konfrontationspolitik aufzeigen und fordern. Mehr und mehr hat sich die Gewißheit Bahn gebrochen, daß die verschärfte Kriegsgefahr kein zwangsläufiges und unvermeidbares Ergebnis der Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist, daß diese Entwicklung zwar die Möglichkeit geschaffen hat, das Menschengeschlecht als Ganzes auszulöschen, daß dies jedoch durch entschlossenes Handeln von Menschen verhindert werden kann.

4. Im Verlauf des Prozesses der KSZE und danach sind zahlreiche Verhandlungsgremien, Mechanismen und Kontakte zwischen den Teilnehmerstaaten entstanden, die sich — bei allen gebotenen Einschränkungen — als stabil erwiesen haben. So fanden bisher zwei Folgetreffen nach Helsinki statt. So konnten — nicht zuletzt dank der ebenso prinzipienfesten wie flexiblen Verhandlungsweise der sozialistischen Diplomaten — im Abschließenden Dokument des Madrider Treffens der Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten die Fundamente der Schlußakte erhalten werden. Das Dokument macht zudem

deutlich, daß der Prozeß der KSZE auf wesentlichen Gebieten – Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umwelt sowie im humanitären Bereich – aktualisiert werden konnte. Für den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte, den 1. August 1985, wurde ein Gipfeltreffen der Repräsentanten der Unterzeichnerstaaten vereinbart. Das wichtigste Ergebnis von Madrid ist aber ohne Zweifel die seit 17. Januar 1984 in Stockholm tagende Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Denken wir ferner daran, daß im Gefolge von Helsinki ein dichtes Geflecht von Hunderten von vertraglichen Vereinbarungen zwischen den einzelnen Staaten im Osten und Westen Europas entstanden ist. Daraus sind nicht zuletzt zahlreiche materielle Interessen auch der westlichen Partner erwachsen, die sie erfüllt und nicht durch Krieg zerstört sehen möchten.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß in der Weltpolitik die Phasen von Koexistenz und Konfrontation von allein wechseln wie etwa Ebbe und Flut. Vielmehr haben wir aus der Geschichte gelernt, daß es stets der Anstrengungen der Friedenskräfte bedarf, der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zu ihren Gunsten durch aktiven und ständigen Einsatz ihrer Mittel und Möglichkeiten, um diejenigen Faktoren zurückzudrängen, die Konfrontation bewirken, und jene zu stärken, die der friedlichen Koexistenz den Weg freimachen. Und das wird auch künftig nicht anders sein. Es gilt deshalb, die Schlußakte von Helsinki und das europäische Vertragswerk immer erneut mit Leben zu erfüllen.

Uralt ist die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, und von progressiven Christen wie anderen Humanisten ist sie durch die Jahrhunderte immer wieder formuliert worden. Verträge zwischen den Staaten wurden gefordert, in denen nicht sogleich der Keim zu neuen Kriegen steckt. Erwägungen der Vernunft, Streben nach wahrer Menschlichkeit und realistische Sicht der Dinge waren die Quellen solcher Forderungen. Die Schlußakte der KSZE ist eine der ganz seltenen Fälle in der Geschichte, in denen ihnen Rechnung getragen wird.

Im zehnten Jahr seit ihrem Zustandekommen sind der Wille und das berechtigte Verlangen der Völker und Menschen um so stärker, ein Leben in gesichertem Frieden zu führen. Es gilt deshalb, die Schlußakte von Helsinki und das europäische Vertragswerk mit Energie und Entschlossenheit fortzusetzen.

Wir christlichen Demokraten sind uns unserer Verantwortung dafür bewußt.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin
